

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Patriot versus Prostituierte : was nach Ansicht eines schweizerischen Medienchefs von General Jaruzelski im Unterschied zu Helmut Schmidt oder François Mitterand zu halten ist  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093747>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Was nach Ansicht eines schweizerischen Medienchefs von General Jaruzelski im Unterschied zu Helmut Schmidt oder François Mitterrand zu halten ist.

# Patriot versus Prostituierte

Hier besprechen wir ausführlich eine schweizerische Darstellung zum polnischen Kontext. Das gibt uns eine Gelegenheit, einmal eine Anzahl polenbezüglige Argumente zu behandeln, wie sie die westeuropäische Öffentlichkeit in dieser oder jener Form täglich vorgesetzt erhält. Die Fassung, die wir zum Anlass unserer Erwidungen nehmen, stammt von einer bekannten schweizerischen Persönlichkeit.

Im Berner «Bund» vom 13. Februar hat Andreas Blum, Programmdirektor Radio DRS, seine Kolumne am 13. Februar dem von ihm zum westlichen Skandal erweiterten Fall Polen gewidmet. In seinen zwei Spalten kommt auf verschiedenen Ebenen so viel an Fehlschlüssen, untauglichen Vergleichen und falschen Analogien zusammen, dass man nicht auf alles eingehen kann. Aber symptomatisch ist seine Anrichtung für westeuropäische Verhältnisse schon, geradezu eine Sammlung an Interpretationen, die auch anderswo herumgeboten werden. Und die richtig darauf hinauslaufen, dass die Welt sich mit der Ordnung eines Breschnew abzufinden und mit den Vorstellungen eines Reagan aufzuräumen habe. Und weil der Text ein Fallbeispiel ist, wollen wir uns doch ein paar Stellen näher ansehen.

## Patriot Jaruzelski und Patriot Tiso

«Kein Zweifel — was in Polen passiert, ist schlimm.» So beginnt Blum seine Ausführungen, und wer nach diesem Auftakt vermutet, dass ein Aber kommen müsse, hat recht. Weiter unten steht es dann: «Was heute in Polen geschieht, ist wahrscheinlich noch die erträglichste (erträglichst für wen?) aller Varianten. Die Alternative: sowjetische Invasion.»

«Deshalb» ist dem Programmdirektor denn auch die Bewertung von Jaruzelski als Lakai der Sowjets «unheimlich»; schliesslich musste der General ja die Wünsche seiner Herrschaft erfüllen, was ein Lakai bekanntlich nicht tut. Auf jeden Fall lässt Blum dem Junta-Chef seine Gerechtigkeit widerfahren:

«Ich vermute im Gegenteil (und ich vermute es bis zum historischen Beweis des Gegenteils), dass Jaruzelski ein Patriot ist, kein Verräter. (...) Ich halte es da eher mit der ‚Unschuldsumutung‘, die davon ausgeht, dass Jaruzelski in einer verzweifelten Situation tatsächlich die letzte Karte der polnischen ‚Souveränität‘ gespielt hat (...). Es ist ihm zuzubilligen, dass Polens subjektive Situation vor dem 13. Dezember hoffnungslos war, und Jaruzelski, um Schlimmeres zu verhüten, den Weg des (immerhin) ‚disziplinierten Despotismus‘ ging.»

Jaruzelski, der Patriot. Es gibt doch noch Leute, welche die vaterländische Soldatengesinnung eines Junta-Chefs zu würdigen wissen. Was sagt der Verfasser wohl, wenn er die Begründung «um Schlimmeres zu verhüten» von andern Junta-Chefs hört? (In Polen hat man junge Leute verhaftet, die auf einem Flugblatt zu einer Demonstration gegen das Pinochet-Regime aufriefen; dort hat man die Logik begriffen.)

Aber lassen wir das: Ob Jaruzelski sich subjektiv als Patriot fühlt oder nicht, das ist letzten Endes schon total irrelevant. Es kommt darauf an, was er *getan* hat. Er hat auf sowjetischen Wunsch für die Einführung der sowjetischen Ordnung gepusht, und was an polnischer Souveränität vorhanden war, ist dabei nicht gerettet, sondern zerschlagen worden. Und dazu hat er den Sowjets das polnische Alibi geliefert; das macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

Während des Krieges gab es die «selbständige» Slowakei von Hitlers Gnaden, in der Josef Tiso die Nazi-Politik mit slowakischen Händen durchführte, was die Gesamtsache der nationalsozialistischen Neuordnung Europas um so viel bequemer machte. Das Vasallentum Jaruzelskis ist die Parallele dazu, und das ist denn auch der geforderte historische Beweis des Gegenteils zur Unschuldsumutung für Jaruzelski. Aber natürlich gab es auch Leute, die in Tiso den Patrioten vermuteten, der Schlimmeres verhütete; sie räsionierten entweder als Hitlerfaschisten oder als nützliche Idioten der Nazis. Oder meint der DRS-Programmmchef etwas anderes?

Zum vermuteten Patriotismus von Jaruzelski ist noch etwas zu sagen. Diese Art von Vaterlandsliebe und Vaterlandsrettung funktioniert nämlich nur als Kriegszustand gegen die Bevölkerung. Es gibt Dutzende oder Hunderte von getöteten Arbeitern, Zehntausende von Verhafteten und Flüchtlingen. Und 35 Millionen Polen, die dagegen sind. Zu dieser Art von Patriotismus gehört die Voraussetzung, dass das polnische Volk selbst antipatriotisch ist, dass die Polen selbst für den polnischen Patriotismus nicht zuständig sind.

Der Gewaltakt vom 13. Dezember umschloss die Zerschlagung von Gewerkschaften und Studen-

tenverbänden, den Schiessbefehl gegen unbewaffnete Arbeiter, Massenverhaftungen, Internierungslager, Beschränkungen von Reise-, Post- und Telefonverkehr in einem noch grösseren Ausmass als in den Jahren 1939—1945. Das ist der «disziplinierte Despotismus». Zucht und Ordnung wie damals.

Wenn Blum dem General zubilligt, die letzte Karte der polnischen «Souveränität» gespielt zu haben, setzt er das Wort selber in Anführungszeichen; wie wäre denn die Karte zu bezeichnen, die Jaruzelski ohne Anführungszeichen gespielt hat? Das müsste man doch eigentlich wissen, wenn der ganze Ehrenrettungsabsatz überhaupt einen Sinn geben soll.

Tatsächlich konnte Jaruzelski nicht einmal als Vasall selbständig handeln; er hatte nicht einmal «sein» Putschinstrument unter Kontrolle. Die Streitkräfte Polens sind voll im Militärsystem des Warschauer Paktes integriert, und der WP-Oberbefehlshaber, der sowjetische Marschall Kulikow, ist da auch direkt zuständig. Die Sowjets haben nicht nur eigene Divisionen in Polen stationiert, sondern beherrschen auch die polnischen Streitkräfte von innen her. Ihre Militärs üben direkte Kontrolle über Logistik, Bewaffnung, Nachschub, Aufklärung und innere Sicherheit der polnischen Truppen aus. Die Offiziere werden durch das GRU (die militärische Entsprechung des sowjetischen Sicherheitsdienstes (KGB) überwacht. Sogar die letzte Karte der polnischen Scheinsouveränität ist gezinkt.

## Von der Staatsraison und der Hinnahme der (beispielsweise nationalsozialistischen) Realitäten

Von der alternativen Katastrophe einer sowjetischen Invasion ausgehend, schreibt Blum:

«Damit sei nichts entschuldigt, nichts beschönigt — nur gesagt: Es gibt auch eine Art von Staatsraison auf jener Seite. Das heisst: Die kommunistische Parteiführung Polens und die sie dirigierende Moskauer Zentrale konnten gar nicht anders handeln, weil Totalitarismus östlicher Prägung und reformistischer Sozialismus in ihrem Kern unvereinbar sind. Freiheit und Sozialismus

## Unser PRESSE-Kommentar

bedingen einander, Freiheit und Kommunismus (resp.) 'real existierender Sozialismus' schliessen sich aus. Kommunismus muss, eben weil er totalitär ist, sich demokratischer Oeffnung verweigern, sonst stellt er sich selber in Frage. Das ist eine unumstössliche Tatsache, ob sie uns gefällt oder nicht. Da hilft weder blauäugiger Idealismus noch zornige Rhetorik. Realitäten ändert man nicht, indem man Seifenblasen des Protestes in die Luft pustet.»

Halten wir fest, dass die Unvereinbarkeit von Freiheit und real existierendem Sozialismus besteht (die Fragen nach dem erst für viel später angekündigten «Kommunismus», den es real höchstens im israelischen Kibbutz gibt, und der gegenseitigen Bedingung von — real nicht existierendem? — Sozialismus und Freiheit wären eine ganze Thematik für sich). Und reden wir jetzt von der Staatsraison «auch» (wie traulich) auf jener Seite:



Kriegszustand in Polen: «Die erträglichste aller Varianten.»

Denn man muss klar sehen, wohin man kommt, wann man die totalitäre Staatsraison als gültigen Sachzwang anerkennt. Das Vorgehen des Nazi-regimes gegen das gleiche Polen, gegen die Juden und die übrige ergreifbare Umwelt: das war auch (hier ist das Wort am Platz) Staatsraison jener Art.

Wenn wir Blum folgen, dann müssen wir konsequenterweise die Aufteilung Polens 1939 zwischen Hitler und Stalin, den hitlerschen wie stalinschen Terror, die sowjetische Einverleibung Afghanistans und alle vergangenen und kommenden Eroberungen totalitärer Art als Ausfluss von Staatsraison einsehen und hinnehmen. Nichts entschuldigt, nichts beschönigt, sondern «nur gesagt». Zum Zwecke der Einsicht, dass man sich gegen totalitär geschaffene Realitäten die Entrüstung ersparen darf.

Wenn ein Gewaltverbrecher sein Opfer tötet, um nicht erkannt und bestraft zu werden, dann kann er auch «gar nicht anders handeln». Sparen wir uns also unsere Entrüstung und lassen wir ihn gewähren.

Denn bitte: zornig sein verboten. Wenigstens vorderhand; von Reagan und Konsorten ist ja erst später die Rede. Den moralischen Protest wegen Polen qualifiziert Blum (mindestens) als unbehelflich ab.

Blum ist der ehemalige Präsident von Amnesty International (Schweiz), von einer Organisation, die durch Proteste, Petitionen und Aufklärung der Öffentlichkeit wirkt, im Bewusstsein, dass das eine Voraussetzung ist, wenn man die Verletzung der Menschenrechte bekämpfen will.

Aber nichts da. «Realitäten ändert man nicht, indem man Seifenblasen des Protests in die Luft bläst.»

**Und die Alternative zum «billigen» Protest?**

Sondern wie? Die Anschlussfrage liegt in der Luft, aber Blum will sie nicht gestellt haben. Tatsächlich gibt es ja Vorschläge der USA und der Nato, es nicht beim bloss verbalen Protest bewenden zu lassen. Damit die Sowjets erkennen müssten, dass es wenigstens nicht *nur* Vorteile bringt, wenn sie andere Völker niedertrampeln. Damit eben ihre Staatsraison auch einmal handfeste Nachteile ihrer Aggressionspolitik einzukalkulieren hätte.

Nur: solche Alternativen zu den «Seifenblasen des Protests» hat Blum nicht im Sinn, aber schon gar nicht. Er zieht es vor, die Alternative anders zu sehen: Entweder lässt man die sowjetisch herbeigeführten Kriegszustände als Unabhängigkeit zu, oder es gibt Krieg. Blum zur Variante sowjetische Invasion in Polen: «Und was das bedeutet hätte, ist klar: Krieg oder doch kriegsähnliche Zustände. Die polnische Krise wäre zur — begrenzten? — Katastrophe geworden.»

Das bezieht sich zunächst auf die «innerpolnische» Raison d'Etat, aber wenn schon von der grenzüberschreitenden Katastrophe die Rede ist: Die Sowjets führen mit eigenen Kräften oder per Statthalter immer mehr Kriege in immer mehr Ländern, und diese Erweiterung der real

geführten Kriege gehört zu den Dominanten der Realitäten.

Die westweit suggerierte und durchaus falsche Alternative lautet: Entweder Annahme des sowjetisch definierten Friedens (d.h. der sowjetischen Kriegführung) oder Krieg. Sie ist falsch, und sie hat weltweit zu einer Abnahme des realen Friedens geführt.

Für manche Leute ist es schon Kriegshetze, wenn man dazu aufruft, den Sowjets keine kriegsförderlichen Güter mehr zu liefern. Dabei braucht es das: den westlichen Friedenskampf gegen die totalitäre Kriegführung.

**Schuld am Kriegszustand in Polen ist die Radikalität von Solidarnosc**

Aber wie soll man das einsehen? Wenn doch schon die waffenlosen und gewaltlosen polnischen Arbeiter schuld sind an der Kriegsgefahr:

*«In seiner Radikalität war der polnische Demokratisierungsprozess ein Vorgang von letztlich (selbsterstörerischer Dynamik. Spätestens als ‚Solidarnosc‘ von der Gewerkschaftsbewegung zur Oppositionspartei des ‚Alles oder nichts‘ wurde — nach der ersten Runde des Kongresses vom vergangenen September —, überschritt sie den Rubikon.»*

Ach ja, da musste das Militär halt durchgreifen und notfalls schießen, um die «— begrenzte? —» Katastrophe aufzuhalten.

Sälber tschuld, ha. Die «Radikalität» der Programmforderungen von Solidarnosc bestand in einem Minimum an demokratischen Forderungen und Menschenrechten. Uebrigens: Eine Gewerkschaftsbewegung kann im realen Sozialismus gar nichts anderes sein als oppositionell, wenn sie echt ist; das System sieht nur *gelogene* Gewerkschaften vor.

Haben Menschenrechte nur ausserhalb des sozialistischen Systems einen Anspruch darauf, vertreten zu werden? Es heisst, Ursache und Wirkung auszuwechseln, wenn man den Staatsstreich vom 13. Dezember auf die «Radikalität» von Solidarnosc zurückführt. Die gewaltfreie Aktion von 1980/81, an der praktisch die ganze Bevölkerung teilnahm, ist von einem System verursacht worden, das im Gegensatz zu den Wünschen der Bevölkerung steht.

**Kadar und Walesa, der sinnige Vergleich**

Später kommt Blum noch auf sozialistische Machbarkeiten zu sprechen und vergleicht Un-



Kriegsrecht der Nazis und Zerstörung Warschaus 1944. Waren die Opfer schuld, weil sie die Staatsraison missachteten?

## Zitiert...

«Dass diese Bewegung (von *Solidarnosc* in Polen) 16 Monate existierte, bedeutet nicht, dass sie nicht zerschlagen werden kann. Gerade diese legale Existenz, die so lange dauerte, ermöglicht heute dem politischen Terror, gewisse Erfolge zu erzielen. Wäre das Kriegerrecht in Polen im Herbst 1980 eingeführt worden, so hätte die Polizei noch nicht gewusst, wen sie einsperren musste. Die Führer der ‚Solidarität‘ sind doch vor allem junge Leute, die in der Vergangenheit noch kein Sündenregister bei der Polizei hatten. In diesen 16 Monaten sind sie öffentlich aufgetreten, und jetzt sind sie eingesperrt und werden weiterhin unter polizeilicher Kontrolle stehen. Es wird für sie unmöglich werden, weiterhin politisch zu arbeiten.»

(Zu den westlichen Reaktionen auf Polen:)

«Die konkrete Solidarität der Arbeiterbewegung, die Hilfe in verschiedenen For-

men und die Information sind sehr wichtig. Denn ohne das Bewusstsein zu leben, dass es eine Unterstützung in anderen Teilen Europas gibt, ist in den mitteleuropäischen Ländern des Sowjetblocks unmöglich. Das weiss ich aus eigener Erfahrung. Kritisch bin ich hingegen gegenüber Vorstellungen, die auch im Lager der Linken, im sozialistischen Lager verbreitet sind, die von der folgenden Voraussetzung ausgehen: Der Friede in Europa ist eigentlich dadurch gesichert, dass die Blöcke weiterexistieren; es besteht ja ein Gleichgewicht der Blöcke. Das alles ist nicht so einfach. Ja, es ist riskant, die Bewegungen in Osteuropa zu unterstützen, denn sie wehren sich ja auch gegen die sowjetische Uebermacht in diesen Ländern. Aber es ist auch riskant, diese Bewegungen fallenzulassen und nicht damit zu rechnen, dass damit in Europa eigentlich ein Pulverfass entsteht.»

Zdenek Mlynar (in der Tschechoslowakei zur Zeit des Prager Frühlings 1968 ZK-Sekretär, seit 1978 im Westen) in einem Interview für den *«Tages-Anzeiger»*, 10. 2. 1982).

garn und Polen mit einer bemerkenswerten Parallelschaltung: Kadar habe für die Betroffenen entscheidend mehr erreicht als Walesa und seine Getreuen.

Die Verantwortlichkeiten ein bisschen durcheinandergebracht, wie? Die Aussage, dass der alte Fritz für seine preussischen Untertanen mehr erreicht habe als Danton für die Franzosen, ist da noch verhältnismässig sinnig, denn Danton war wenigstens eine Zeitlang zuständig. Aber sonst gilt selbstverständlich durchaus, dass ein Gefängnisdirektor für das regelmässige Essen seiner Schutzbefohlenen besser besorgt ist als ein Oppositioneller draussen, der dagegen kämpft, dass Unschuldige ins Gefängnis kommen. (Abgesehen davon, dass Kadar 1956 und 1957 erst zum Statthalter-Mörder im grossen werden musste, bevor er in den sechziger Jahren zum Versöhner im kleinen werden durfte.)

### Junta in Polen gibt es halt, aber westliche TV-Sendung dagegen ist obszön

Aber wie immer Blum seine blockinternen Lektionen gibt, das ist noch nichts im Vergleich zu seinen globalen Zensuren.

Blum nennt die Sowjets in der Rolle des biedermännischen Zuschauers widerlich. Und fährt fort:

«Nicht minder obszön auf der Gegenseite die Orgie des inszenierten Protestes vom vorletzten Sonntag (gemeint die TV-Sendung ‚Let Poland be Poland‘). Dass Mister President nicht über seinen Hollywood-Schatten zu springen vermag — man nimmt es zur Kenntnis. Dass sich jedoch Politiker wie Schmidt und Mitterrand für diese Show prostituierten, bleibt deprimierend.»

Auf der östlichen Seite Staatsraison plus widerlicher Eindruck des sowjetischen Unschuldgeba-

rens. Das bezieht sich auf die Durchführung des Militärputsches, auf den Kriegszustand, auf die Ermordung von Arbeitern, auf die Internierung Tausender von nicht militärpatriotisch gesinnten Leuten, auf das Abschmettern eines ganzen Volkes, das gegen soziale Ungerechtigkeit, Diktatur, Faschismus, Kolonialismus und Imperialismus aufbegehrte, nämlich die Polen.

Auf der westlichen Seite obszöne Orgie und Prostitution. Und das bezieht sich auf einen (zur Abwechslung einmal organisierten) Protest westlicher Politiker gegen die Vergewaltigung Polens.

Das ist die Gegenüberstellung eines Politikers wie Andreas Blum. Der von disqualifizierenden Ausdrücken gegenüber Jaruzelski Abstand nimmt, weil ihm «diese bedenkenlose Sicherheit des Urteils unheimlich» ist.

### Türkei, Skandal und disziplinierter Despotismus

Demgegenüber steht also die Sicherheit seines programmndirektoral qualifizierten Urteils. Es geht gleich weiter:

«Vollends zum Skandal wurde das Spektakel, als der Premier der Türkei (in dessen Nato-Land bekanntlich schlimmste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind) die KSZE-Schlussakte bemühte und die polnischen Militärs pathetisch aufforderte, den ‚Weg der Erneuerung‘ nicht zu blockieren.»

Abgesehen davon, dass eine solche Aufforderung an die Stellvertreterjunta in Polen verlorene Liebesmüh ist, wäre sie — soweit bin ich mit Herrn Blum einverstanden — von türkischer Seite ohnehin besser unterblieben.

Aber der Skandal hält sich in Grenzen. Er findet, nicht grösser und nicht kleiner, jedesmal statt, wenn Vertreter von Diktaturen (von denen viele die Menschenrechte weit schlimmer verlet-

zen als die türkische) vor der UNO oder sonstigen höchsten Menschheitsgremien unter Bemühung internationaler Vereinbarungen ihre Anforderungen an andere Staaten vorbringen. Und da schreit niemand Skandal. Oder höchstens dann, wenn man westlicherseits den Forderungen der betreffenden Diktaturen nicht genügend Beachtung schenkt. Besonders, wenn die jeweiligen Forderungen im Namen von Entwicklungsländern vorgebracht werden. Nun, die Türkei ist ein Entwicklungsland.

Nur eben: auch ein «Nato-Land». Wobei etwas zu sagen ist: Die Mitgliedstaaten der Nato sind für ihre inneren Strukturen selber zuständig. Im Unterschied zu den Staaten des Warschauer Paktes.

Und von wegen dem «immerhin disziplinierten Despotismus», den Blum der polnischen Junta zugute hält: In Polen hatte die faktische Opposition niemanden umgebracht; das Blutvergiessen setzte erst mit dem Putsch von oben herab ein. In der Türkei kam der Putsch nach einem wilden Terrorismus, der jeden Tag seine Todesopfer forderte. «Damit sei nichts entschuldigt, nichts beschönigt — nur gesagt: Es gibt auch eine Art von Staatsraison auf jener Seite.» Tatsächlich sogar eine bessere. Aber da wird der Protest zum Skandal gepustet.

### Apropos Reagan und USA: Hier gerinnt Verachtung zu kalter Wut

Und dann kommt bei Blum die von ihm im polnischen Kontext getadelte «zornige Rhetorik» noch voll zum Zuge:

«Apropos Reagan, apropos USA: Wie steht es mit der moralischen Legitimation dieses Protests? Ich denke an El Salvador: Da sind Terror und Massaker Teil des täglichen, ganz normalen Wahnsinns — mit den Amerikanern als offiziellen Ausrüstern der apokalyptischen Szene. In El Salvador, sagen sie, finde der entscheidende Kampf um Zentralamerika statt. Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? In Vietnam, in Chile ging es seinerzeit auch um die ‚Rettung der Demokratie‘. Das Resultat ist bekannt. Es ist die Verlogenheit des Protests, diese totale Absenz von Glaubwürdigkeit, die Verachtung zu kalter Wut gerinnen lässt.»

Apropos El Salvador: Ausrüster der Szene und Bemänner des Bürgerkriegs sind auch die Länder des Sowjetlagers, mit Kuba als Haupttransitstation. Im Unterschied zur «Radikalität» von Solidarnosc wird in Salvador mit Waffengewalt für eine alternative Ordnung gekämpft. Kuba ist das Ordnungsvorbild: für jenen sowjetabhängigen realen Sozialismus, der die Freiheit ausschliesst.

Was wäre, wenn die Amerikaner mit Waffen und mit internationalistischen Befreiungshelfern in Polen intervenieren würden? Dann hätte man allfälligweise die Parallele im «Blockverhalten», immer noch beim bleibenden Unterschied in der «Blockordnung».

Und wie steht es mit der Frage nach der «Staatsraison» des Regimes im Salvador? Wenn sie sich tatsächlich nicht in der Entsprechung stellt, dann doch eben deshalb, weil die USA nicht die Entsprechung zur totalitären Protektionsmacht UdSSR sind. Da fehlt eine ganze Menge, bevor man Gleiches mit Gleichem vergleichen kann, als Grundlage für den Glaubwür-

digkeitstest der amerikanischen Reaktion auf Polen. Müssen die USA eigentlich totalitär werden, damit die Blums unseres «Westblockes» ihre kalte Wut ablegen und zum Verzicht auf «blauäugigen Idealismus und zornige Rhetorik» gegenüber den USA mahnen?

*Apropos Vietnam:* Wie bekannt ist das Resultat? Die wirklich apokalyptische Szene nach dem Abzug der Amerikaner. Das Massenmorden in Grossvietnam. Das Ausprobieren der chemischen Waffen der UdSSR an der Bevölkerung von Laos. Resultat bekannt?

*Apropos Chile:* Wieso kommt das «apropos USA»? Haben sie Pinochet zu verantworten, am Ende gar wegen der seinerzeitigen ITT-Papiere? Ach, du schlichtes Weltbildchen. Auf die abwegige Idee, dass der Allende-General selber gegen das Allende-Regime geputscht hat, kann natürlich kein westlicher Mediengestalteter kommen. Der Mann dort hat seinen «immerhin disziplinierten Despotismus» eingeführt, um einer US-Invasion zuvorzukommen, ist doch klar. Mal sehen, ob wir ihn aus diesem Grunde nicht auch einen Patrioten und Friedensretter nennen könnten.

**Und dann natürlich die «Blöcke»: Preis gesucht für den Analogieschluss des Jahres**

Aber dann, nach seiner Verdonnerung der zum Teil schon gescheiterten amerikanischen Bemühungen um Gleichgewicht in der Welt, kommt Blum doch positiv auf das unterstellte Gleichgewicht der «Blöcke» (und auch noch «nach Jalta») und die dadurch gegebene relative Friedenssicherung zu sprechen. Und bespricht, um den Bogen zurückzuspannen zur Unabänderlichkeit des sowjetischen Ordnungsrufes in Polen, die kleingewordene Manövrierfähigkeit «innerhalb der Blöcke». Also hüben und drüben.

Und wie beweiskräftig er einem die Gleichwertigkeit der Sache vor Augen zu führen weiss, das muss man wahrhaftig sehen, sonst würde man es nicht glauben:

«So wie die USA sich nicht damit abfinden können, dass Castro-Kuba sich auf die Dauer etabliert (...), so kann die Sowjetunion ein ‚demokratisiertes‘ Polen nicht gewähren lassen.»

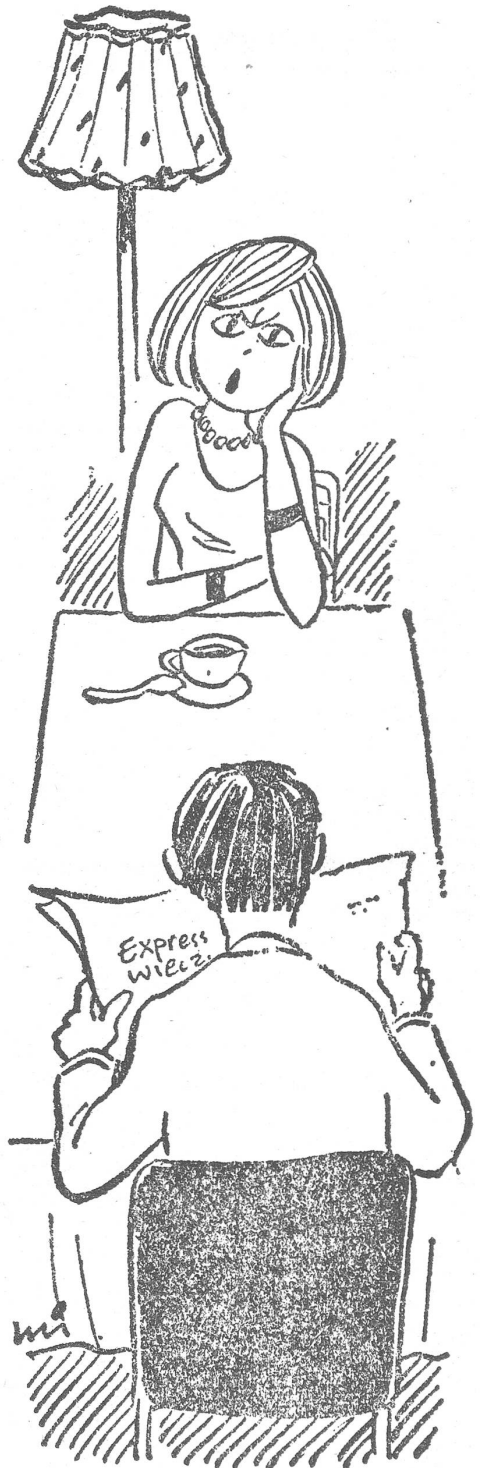
Das ist die Logik, die einleuchtet. Und sie wird es noch vollkommener tun, wenn die Sowjetunion 23 Jahre lang ein militant sowjetfeindliches Polen geduldet haben wird, acht Jahre lang ein Polen, das in amerikanischem Auftrag Kampftruppen nach Afrika entsendet und im übrigen die Aufstandsbewegungen von Ungarn bis Afghanistan mit revolutionärer Solidarität unterstützt.

Man sollte einen Preis stiften für dieses Blum-sche «Sowiesokann». Denn kein bestehender Preis vermöchte einer solchen Höchstleistung an Analogieschlüssigkeit gerecht zu werden.

So also ist es mit dem «Gleichgewicht» bestellt. Aber der Stuss — und das ist das Traurige an der Sache — beruht auf Vorstellungen, die dominant unsere Meinungsbildung prägen. Vom militärischen und politischen Gleichgewicht in der Welt. Von den Blöcken. (In Wirklichkeit steht dem gewaltsam expandierenden Sowjetblock samt Ausläufern ein Westen gegenüber, der keinen Block bildet und die laufenden sowjetischen Aneignungen duldet, ohne Gegenrecht zu beanspruchen.) Von der Friedenssicherung durch die Zulassung der Aggression, sofern sie nur sowjetisch behütet ist. Von den Mechanismen, die hüben und drüben gleich seien. Von den Völkern im Osten, die sich gefälligst mit der totalitären Ordnung abzufinden haben.

Solche Vorstellungen sind insgesamt so falsch wie die komische Unterstellung der gleichen Behandlung Kubas durch die USA wie Polens durch die Sowjetunion. Aber wenn wir ihnen erliegen, ist das nicht komisch, sondern tragisch. Für die Völker der Welt, die wir unbeschwert dem Totalitarismus ausliefern, solange nur sein Erdgas fliesst. Bis wir dann einmal merken, dass auch wir zu den gelieferten Völkern zählen.

*Christian Brügger*



Im Zuge der «Normalisierung» erschien am 25. Januar erstmals seit der Ausrufung des Kriegszustandes wieder die Warschauer Abendzeitung «Express Wieczorny». Als Folge der allgemeinen massiven Preisaufschläge hatte sich ihr Preis gleich vervierfacht, von 1 auf 4 Zloty. Darauf nahm die Zeitung mit einem statthaften Witz bezug, Thema Teuerungsausgleich durch Konsumverzicht.

«Du sagst, der ‚Express‘ koste jetzt 4 Zloty. Und was erhalte ich von dir zum Teuerungsausgleich?» «Ja, Syrenka, den kriegst du eben so, dass du deinen nachmittäglichen Espresso einschränken musst.»

**Einladung zum Abonnement**

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement zu Fr. 39.- (Ausland sFr. 42.-/DM 48.-).  
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.



Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_